

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 8 mal. Bezugspreis: monatlich 1,60 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Holzplattene, die Reklamoseite 45 Holzplattene. Postkontokonto Stuttgart Nr. 5780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 97

Altensteig, Donnerstag den 28. April

1927

Die große Not an der Saar

Mit der Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Verhältnisse und der fortschreitenden politischen Befriedigung machen sich die ungeheuren Fehler der Völkerbundsherrschaft im Saargebiet von Tag zu Tag mehr bemerkbar. Eine große wirtschaftliche Katastrophe ist an der Saar schließlich nicht mehr zu vermeiden, wenn es nicht den berufenen Vertretern der Bevölkerung gelingt, die französische Grubenverwaltung wie die oberen Verwaltungsbehörden wenigstens jetzt zu einer vernünftigen Stellungnahme in den wichtigsten Fragen zu bewegen. Von Anbeginn der Völkerbundsherrschaft im Saargebiet hat man den Abgeordneten Genfs keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein allzu starkes Tendieren nach Frankreich hin auf die Dauer die wirtschaftliche Verarmung des Mandatsgebietes im Gefolge haben muß. Die Regierungskommission, die bis in die neueste Zeit hinein unter dem ausschlaggebenden Einfluß französischer Staatsbürger oder francophiler Ausländer stand, glaubte die Mahnungen und Warnungen der politischen und wirtschaftlichen Führer des Saarvolkes überhören zu dürfen. Sie ging sogar noch einen Schritt weiter und faßte überhaupt nur Beschlüsse, die ganz eindeutig gegen die wohlverstandenen Interessen des Saardeutschstums gerichtet waren. Es konnte deshalb nicht ausbleiben, daß eines Tages der große Kladderadatsch einsetzte. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Heute rächen sich in furchtbarer Weise die Fehler und Mißgriffe der Saarregierung, heute demaskiert sich das unter der Flagge des Völkerbundes fegelende französische System als die letzte und einzige Ursache der großen wirtschaftlichen Notlage im Saargebiet.

Die größte Schuld an den gegenwärtigen Zuständen, die nach Abhilfe schreien, trägt die Regierungskommission des Saargebietes selbst, insbesondere deren handelspolitisches Ressort. Die Basis für das wirtschaftliche Wohlergehen dieses deutschen Landes war von jeher der Saarbergbau. Mit ihm erlebte das Land eine wirtschaftliche Blüte, die sich jetzt in eine Katastrophe umzuwandeln droht. Die Franzosen als die derzeitigen Besitzer der ehemals dem preussischen Fiskus gehörenden Gruben haben zunächst einen Raubbau getrieben, der schlechterdings nicht mehr zu unterbinden war. Auf der anderen Seite war aber auch ihre Abschöpfung so ausgeprägt, daß die französischen Interessen zugeschnitten, daß unter dem Zwang, normale Verhältnisse wieder einzutreten zu lassen, jetzt ein ungeheures Durcheinander herrscht und die Saar Kohle auf dem Markt in jeder Weise zu kurz kommt, weil sie ja auch an Qualität mit der Produktion anderer Kohlenzentren nicht Schritt zu halten vermag. Es zeigt sich, wie gewissenlos die Franzosen vorgegangen sind, als sie kurz nach dem Kriege dem Saargebiet die Eigenabnahmämärkte wegnahmen und die Lieferung der saarländischen Bergwerke lediglich nach innerfranzösischen Bedürfnissen regelten. Frankreich glaubte sich eben als Sieger alles erlauben zu können. Das war ihm umso möglicher, als vor 8 Jahren eine ungeheure Nachfrage nach Kohlen bestand, wodurch jeweils auch ein günstiger Preis erzielt werden konnte. Die grundlegende Wendung der Konjunktur muß naturgemäß den Saarbergbau jetzt an den Rand des Abgrundes bringen. Frankreich hat Kohlen genug, nachdem seine Reserven in den sogenannten Wiederaufbaugebieten in Gang gebracht sind. Dort, wo aber der Bezug ausländischer Kohle notwendig ist, greift man auf englische und deutsche Ware zurück, außerdem bezieht man ja nach wie vor die deutsche Reparationskohle. Das Saargebiet geht eben leer aus. Man hat die Saargruben solange ausgenutzt, als es Frankreich politisch gesehen von Wert schien, jetzt kümmert man sich nicht mehr um sie und blüdet auf dem Umwege über die Regierungskommission der ohnehin schon schwer leidenden Wirtschaft an der Saar auch noch die neuen Lasten auf.

So erschreckt es an und für sich ist, daraus folgern zu können, daß Frankreich sein politisches Spiel im Saargebiet schon verloren gibt, so sehr muß doch auf der anderen Seite darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Franzosen für die Wiedergutmachung der von ihnen angerichteten ungeheuren Schäden zu sorgen haben. Wie groß diese Schäden sind, zeigt ein Blick in die Verhältnisse, in denen die 70.000 Bergarbeiter des Saargebietes mit ihren Familien leben. Lohnabbau und Feierschichten sind heute die Kennzeichen der Wirtschaftspolitik, soweit sie von der französischen Bergbauverwaltung und dem Handelskommissariat der Regierungskommission betrieben wird. Es liegt auf der Hand, daß Rückwirkungen auf andere Erwerbszweige nur allzu gegeben sind. So leidet heute die ganze deutsche Saarbevölkerung unermesslich unter der Gewissenlosigkeit, mit der Frankreich an der Saar in den letzten Jahren gehandelt und gewaltet hat.

Himmelsbach

Man schreibt uns:

Der alte Brauch, sich kritischer Stellungnahme und des Versuches der Einsparung zu einem schwebenden Verfahren zu enthalten, ist leider in der Fülle der mehr oder minder sensationellen Prozesse, mit denen unsere jüngste Vergangenheit und unsere Gegenwart gesegnet sind, mehr und mehr geschwunden. Nicht nur berufene und unberufene Kritiker beginnen bereits in einem frühzeitigen Stadium solche Verfahren mit ihrer Meinung zu begleiten, sondern auch die beteiligten Parteien selbst suchen in der Öffentlichkeit die Stimmung zu ihren Gunsten zu gestalten. Es muß nicht einmal immer die offensichtliche Absicht einer Stimmungsmache sein, die solche vorzeitigen Veröffentlichungen herbeiführt, auch der Wunsch, lediglich das allgemeine Interesse auf den strittigen Fall zu lenken, und der Allgemeinheit Tatsachenmaterial zuzuführen, aus dem sie ihr Bild der Dinge ergänzen und richtigstellen kann, mag den Anlaß geben. So hat der Beginn der neuen Woche in dem Fall Himmelsbach Erklärungen von beiden Seiten vor die breiteste Öffentlichkeit gebracht, die geeignet sind, nicht nur durch ihren materiellen Inhalt Aufsehen zu erregen, sondern auch durch den schroffen Widerspruch, in dem sie zueinander stehen. Die Firma Himmelsbach hat die öffentliche Diskussion in Bezug gebragt, indem sie eine ausführliche Darstellung der Lage, wie sie sich von ihrer Seite anseht, in die Presse gebracht hat, und sie hat dadurch die ihr vor Gericht gegenüberstehenden Regierungen genötigt, ihrerseits Stellung zu nehmen. Der Streit geht nun in der Öffentlichkeit darum, ob die Klage der Firma Himmelsbach berechtigt ist, daß sie durch das Verhalten der Regierungen stellen geschädigt und durch den von ihr behaupteten direkten Boykott bei Holzverkäufen aus staatlichen Forsten schließlich so schwer betroffen worden sei, daß sie nun unter Geschäftsaufsicht gehen mußte. Die in Frage kommenden Regierungen bestritten aufs Entschiedenste die Absicht eines solchen Boykotts und behaupten vielmehr, daß von ihrer Seite alle möglichen Versuche unternommen worden seien, zu einem Ausgleich zu gelangen, nach dem die Londoner Annotie es wünschenswert erscheinen ließ, mit den Meinungsverschiedenheiten aus der Zeit des Ruhrkampfes reinen Tisch zu machen; diese Bemühungen seien aber an der Haltung der Firma Himmelsbach gescheitert, die von ihren Vorwürfen und direkten Beleidigungen gegenüber den Regierungen und ihren Vertretern nicht zurückweichen wollte. Die Polemik ist nun einmal in Gang gebracht und wird wohl andauern. Klarheit über die tatsächliche Lage der Dinge aber wird nur der Ausgang des Prozesses zu bringen vermögen, und es scheint uns rassam im Hinblick darauf, die öffentliche Diskussion der Angelegenheit vorerst tunlichst einzuschränken.

Stilllegung der Himmelsbach-Betriebe

München, 27. April. Nach einer Meldung aus München wurde von der Firma Gebrüder Himmelsbach mitgeteilt, daß die mit der Geschäftsaufsicht über die Firma betraute Persönlichkeit die Stilllegung sämtlicher Betriebe der Firma angeordnet hat. Von dieser Stilllegung werden in Bayern rund 100 Beamte und 2000 Arbeiter betroffen.

Neues vom Tage

Reichsfinanzminister Dr. Köhler antwortet Dr. Reinhold

Berlin, 27. April. Vertreter der Zentrumspreffe hatten eine Aussprache mit Reichsfinanzminister Dr. Köhler über die Rede, die der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Reinhold auf dem demokratischen Parteitag in Hamburg gehalten hat. Auf die Frage, ob Dr. Köhler die Angriffe seines Amtsvorgängers gegen ihn im einzelnen widerlegen wolle, antwortete der Minister, er werde allen Angriffen zum Trotz seine Aufgabe darin sehen, nicht in eine Zeitungs- und Versammlungspolemik mit seinem Amtsvorgänger einzutreten. Bezüglich der besonders starken Kritik, die an dem provisorischen Finanzausgleich geübt wurde, erklärte Dr. Köhler: Ich habe bis jetzt volle Zurückhaltung geübt in der Darlegung des vorläufigen Finanzausgleichs mit seinen „Vorzugsgeboten“. Eine Untersuchung würde zeigen, daß ich in dieser Angelegenheit mehr die Stelle des Adoptionsvaters einnehme.

Die Abreise der deutschen Sachverständigen zur Weltwirtschaftskonferenz

Berlin, 27. April. Der „A. Z.“ zufolge wird die Abreise der deutschen Sachverständigen zur Weltwirtschaftskonferenz in zwei Gruppen erfolgen. Die erste wird am Sonntag, die

zweite nach am Montag abend nach Genf regeben, wo am 4. Mai die Weltwirtschaftskonferenz offiziell eröffnet wird.

Rückgang der Erwerbslosen

Berlin, 27. April. Der erfreuliche Rückgang in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen, der für den 1. April festgestellt werden konnte, hat sich auch weiterhin fortgesetzt. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen (Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge und in der Krisenfürsorge) beträgt am 15. April 1927 rund 1.221.000 gegenüber 1.659.000 am 15. März 1927. Das ist ein Rückgang um rund 438.000 gleich 26 Prozent.

Der Prozeß Wiking-Olympia

Leipzig, 27. April. Im Prozeß Wiking-Olympia wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Das Gericht beschloß, die Behauptung als wahr zu unterstellen, daß der Verein Olympia nach 1924 nicht mehr im Besitze von verbotenen Waffen gewesen ist. Der Beweisanspruch der Verteidiger, daß etwa Mitte November 1925 der damalige Berliner Polizeipräsident Grzesinski in Uebereinstimmung mit Oberbürgermeister Scheidemann Waffen nach Kassel gebracht habe, wurde als unerheblich abgelehnt. Die Zeugen von Sodenstern, von Lud, Schmidt-Weimar und Käsehage wurden nicht verurteilt. In der Nachmittagsstunde werden die Plädoyers beginnen.

Leichtsinns der Besatzungstruppen

Koblenz, 27. April. Am 21. April hat die Artillerie der französischen Besatzungstruppen auf dem Schießplatz von Pellingen bei Trier, der aus ehemals bebautem Gelände besteht, Schießübungen abgehalten. Um 11 Uhr vormittags flogen kurz nacheinander zwei Granaten über den Weinort Oberemmel hinweg und schlugen in einer Entfernung von 100 Metern von einem Gebäude in eine Wiese, wo sie freipierten. 30 Meter von dieser Stelle entfernt, befand sich eine Anzahl Arbeiterinnen bei der Arbeit. Da die Explosion auf einer sumpfigen Wiese stattfand, war ihre Wirkung nicht sehr groß und von den Mädchen wurde dabei niemand verletzt. Die deutschen Behörden haben wegen des Vorfalls Vorstellungen bei der Besatzung erhoben.

Luftverkehrsfragen im englischen Unterhaus

London, 27. April. In der Unterhausstunde wurde auf die Frage, ob mit Deutschland die Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen bereits abgeschlossen seien und ob angegeben werden könne, wann das Abkommen veröffentlicht werden würde, von Seiten der Regierung geantwortet: Die Verhandlungen für den Abschluß eines solchen Abkommens nehmen einen günstigen Verlauf. Man hofft, daß es möglich sein wird, das Abkommen bald zu unterzeichnen. Kenworthy fragte darauf: Wird das Abkommen unterer Flugzeugen das Recht gewähren, deutsches Gebiet auf dem Wege nach Prag zu überfliegen? Soffoon antwortete: Vielleicht haben die Mitglieder des Hauses die Güte abzuwarten bis das Abkommen vorliegt.

Die Spaltung in der Kuomintang

Paris, 27. April. Nach einer Meldung des Pekinger Korrespondenten der „Information“ über die militärischen Auswirkungen der Spaltung der Kuomintang liegen 27 Divisionen zur Verfügung Tschangtschais, während 17 Divisionen zu den Anhängern Borodins übergegangen sind.

Die Lage in China

Paris, 27. April. Wie die Agentur Indo Pacific aus Schanghai berichtet, trifft Minister Tschien in Hankau Verteidigungsmaßnahmen gegen den befürchteten Angriff Tschangtschais. Die gleiche Agentur meldet aus Peking, Tschangtschais Armee beginne nach Wuhu vorzurücken. Man erwartet, daß Fengjuihsan mit Tschangtschais zusammengehen werde.

Beschlüsse des Rätekongresses der Sowjetunion

Moskau, 27. April. Der Rätekongreß der Sowjetunion wählte den aus 585 Mitgliedern bestehenden Hauptvollzugsausschuß der Sowjetunion, darunter ein Drittel Parteilohe. Ein Antrag, den Rätekongreß nur alle zwei Jahre statt wie bisher jährlich einzuberufen, da die Sowjetunion in eine friedliche Entwicklungsperiode eingetreten und imstande sei, die Hauptgrundsätze ihrer Politik für längere Zeit festzulegen, wurde einstimmig angenommen und ebenso die darauf bezügliche Abänderung der Verfassung. Darauf wurde der Rätekongreß geschlossen.

Neues Jagattentat in Mexiko

Mexiko, 27. April. Ein erneuter räuberischer Überfall auf einen Eisenbahnzug wird aus dem Staate Guanajuato, dem „Berliner Tageblatt“ aus Mexiko zufolge, gemeldet. Banditen überfielen bei Palsalas einen Eisenbahnzug, wobei 12 Passagiere, ein Maschinistenjunge und ein Soldat der Begleitmannschaft getötet wurde.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 27. April. Der Landtag begann am Mittwoch die Beratung des 2. Nachtragsplans in Verbindung mit einigen großen Anträgen der Kommunisten und der Sozialdemokraten. Finanzminister Dr. Dehlinger führte den Etat mit einer längeren Rede ein, in der er betonte, daß die Senkung der Staatssteuer auf Grund, Gebäude und Gewerbe von 7 auf 5 Prozent eine Folge des Finanzansatzes sei. Eine Senkung der Gebäude- und Grundsteuer sei aus reichsrechtlichen Gründen nicht möglich gewesen, dürfte aber bis 1. Oktober durch ein Reichsgesetz erfolgen. Besonders begrüßte der Minister, daß die berechtigten Forderungen Württembergs nach einem höheren Anteil an der Biersteuer erfüllt wurden. Als Abschluß teilte der Minister für 1928 einen Abmangel von 10,1, für 1927 einen solchen von 24,1, zusammen 34,2 Millionen RM mit. Zur Deckung dieses Abmangels werden zur Verfügung die Mehreinnahmen von Reichssteuerüberweisungen mit zusammen 29,5 Millionen, außerdem Restmittel, jedoch der Etat für beide Rechnungsjahre in Einnahmen und Ausgaben balanciert. Dieses Etatbild sei recht befriedigend. Nun komme es aber auch darauf an, zu verhindern, daß die jetzige Senkung der Steuern wieder rückgängig gemacht werden müsse.

Der Abg. Ulrich (Soz.), erklärte, die Steuererleichterungen hätten schon vor Jahren vorgenommen werden müssen und seien nur bis jetzt verschoben worden, um den Regierungsparteien eine bessere Rechnung für das Wahljahr 1928 zu verschaffen. Mit den Volkswirtschaftsbeiträgen habe die Regierung die Gemeinden benachteiligt und die Kammer, die sie sich damit geholt hat, sei eine moralische Strafe für das System Basile-Bols. Unrecht sei auch die Schulkostenverteilung. Der Redner warf den Ministern Basille, Dehlinger und Bols vor, daß sie sich in letzter Zeit mit wenig überzeugenden, fast partikularistischen, anti-österreichischen Argumenten gegen den deutschen Einheitsstaat gewehrt hätten und wies weiter darauf hin, daß die Ausgaben von 163 Millionen im Jahr 1924 auf 225 Millionen im Jahr 1927 gestiegen seien. Wo bleiben die Früchte des Sparauschusses? Die Verwaltungsreform sei schließlich stehen geblieben. Dem Staatspräsidenten warf der Redner Haftlosigkeit vor, weil er im Reichsrat immer noch mit Enthaltung stimme. Ein Kontrakt, das Schulwesen enthalte, lehne die Sozialdemokratie entschieden ab. Das Bekanntnis des Staatspräsidenten zur schicksalhaften Diktatur auf dem Gantag des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes durch Eintreten für den Berufsständestaat sei ein erster Versuch gegen die Fundamente der Reichsverfassung.

Staatspräsident Basille erklärte, die Steuererleichterung sei gekommen im Widerstreit mit den Parteien der Opposition. Die Arbeiten an der Verwaltungsreform würden dauernd fortgesetzt und die Staatsausgaben wären noch höher geworden, wenn alle sozialdemokratischen Kritiken angenommen worden wären. Der Staatspräsident wies den Vorwurf der Haftlosigkeit zurück, behauptend, daß er sich im Landtag zur demokratischen Republik bekann und verteidigte weiterhin seine Rede auf dem Gantag des D. N. V., die von der Sozialdemokratie nicht verstanden worden sei. Man müsse die Verurteilung zur Selbsthilfe erleben und er habe deshalb das Wirtschaftsministerium ersucht, Entwürfe für weitere berufständische Vertretungen auszubereiten. Das Reich nehme aber die Zuständigkeit in diesen Fragen für sich in Anspruch und halte die jetzige Zeit der wirtschaftlichen Not zur Schaffung von Arbeiter- und Angestelltenkammern nicht für geeignet. Er habe entsprechend dem Reichswirtschaftsrat für Württemberg einen Landeswirtschaftsrat schaffen wollen. Da dies aber nicht gebe, habe er den Gesetzentwurf über die Beiträge ausgearbeitet. Die Mitwirkung der Berufsstände an der Verwaltung des Staates sei ein Gegenstand gegen den Absolutismus des Parlamentarismus. Nicht die unveränderte Einführung des italienischen Vorbildes, sondern den Gedanken einer stärkeren Beteiligung der Berufsstände an der Staatsverwaltung habe er befürwortet und deshalb habe auch das Wirtschaftsministerium keine Veranlassung gehabt, sich mit seiner Rede zu befassen. Der Abg. Schneck (Komm.) erklärte in dem Etat eine Verhöhnung der wertvollen Klassen und sagte dieser „Bürokratiepolitik“ für die Einzelberatung den Kampf an. Er bezeichnete das Zentrum als Arbeiterfeindin.

Minister des Innern, Bols hielt seinen Standpunkt zum Vorkriegsstandpunkt aufrecht und bezeichnete die jüngst erfolgte Beschloßnahme der Süddeutschen Arbeiterzeitung als gerechtfertigt. Korläufige Festnahme und Haftbefehl bei Entlassung auf freier Tat seien auch gegenüber dem Reichsstaatsabgeordneten Bönke erlaubt und dieser werde sich in Zukunft daran gewöhnen müssen. Die Kommunisten hätten es selbst in der Hand, ob sie die Polizei beschäftigen wollten oder nicht.

Donnerstag wird die allgemeine Auslosung fortgesetzt.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 28. April 1927.

Sonderzug an den Rhein. Der für Samstag, den 30. April, und Sonntag, den 1. Mai d. J., vorgesehene Verwaltungsonderzug nach Köln a. Rh. muß wegen ungenügender Beteiligung ausfallen, und wird nunmehr im gleichen Kurs am Samstag, den 14., und Sonntag, den 15. Mai d. J. ausgeführt. (Siehe Inseratenteil.) Die bereits gelösten Fahrkarten sind auch am 14. u. 15. Mai gültig. Der Sonderzug mit 3. und 4. Klasse wird von Altensteig über Calw, Pforzheim, Mühlacker beschleunigt bis Bingen durchgeführt, ab Bingen herrliche Dampferfahrt bis Königswinter, wo der Drachenfels besucht und Rastquartier genommen wird. Sonntag früh 6.35 Weiterfahrt mit Sonderzug bis Köln, Besichtigung der Stadt (Autourndfahrt), der Rheinbrücken, des Doms usw. Köln ab 3 Uhr nachm. Für gute und preiswerte Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt. Jedermann kann die solche und billige Reisegelegenheit, die außerordentlich viel Sehenswertes bieten wird, nochmals bestens empfohlen werden.

Reichswohnungszählung am 16. Mai. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Gemäß Reichsgesetzes vom 2. März 1927 (Reichsgesetzblatt I S. 69) ist im Deutschen Reich am 16. Mai ds. Js. eine Wohnungszählung vorzunehmen. Die letzte derartige Zählung hat im Mai 1917, also schon vor neun Jahren stattgefunden. Ihr Zweck soll sein, über die Verhältnisse im Wohnungswesen, wie sie sich in den Jahren nach dem Kriege herausgestellt haben, insbesondere über Größe und Beschaffenheit der Wohnungen, über die Art ihrer Belegung und über die Zusammenfassung der Wohnungseinheiten Aufschluß zu geben. Die Wohnungszählung erstreckt sich in Württemberg auf die Gemeinden, deren Wohnbevölkerung bei der Volkszählung vom 16. Juni 1925 5000 und mehr Einwohner betrug. In den Gemeinden, in denen sie nicht durchgeführt wird, tritt an ihre Stelle eine Feststellung über die Zahl der fehlenden Wohnungen in vereinfachter Weise.

Freudenstadt, 26. April. (Vom Rathaus.) Der Gemeinderat beschloß den Bau eines Dreifamilienhauses und eines Doppelhauses. Die Wohnungen kommen nur für die Familien des Kurgartengebäudes (früher Kronprinzen) in Frage, da dieses zwecks Umbau geräumt werden soll. Die Wohnungen im Kurgartengebäude sind nicht zwangswirtschaftlich. Das Gesetz der Stadtgemeinde an die Wohnungstrebitanzialität und Gewährung von Baudarlehen hatte deshalb auch den Erfolg, daß pro Wohnungseinheit 4000 Mark genehmigt wurden. — Zur Durchführung und Stadtaufplanmäßigen Anlegung der Schwanzstraße sind folgende Grundwerbungen nötig: Chr. Hindelner, Metzger, ca. 276 qm, Pauline Weber Witwe ca. 275 qm, Ernst Scholdeker, Kalermeister, ca. 295 qm. Hindelner und Weber erhalten den Straßenplatzpreis von 3 A, während bei Scholdeker ein Lauch gegen 186 qm. Hauptplatz ohne gegenseitiges Aufgeld zugestimmt wird. Die vorhandenen Zäune werden in ihrem derzeitigen Zustand auf Kosten der Stadt auf die neue Grenze zurückverlegt. — Kommerzienrat Gminder hat sich nunmehr bereit erklärt, den für die Aufstellung des Transformatorhauses in der Landhausstraße erforderlichen Platz von etwa 32 qm. zum Preise von 8 Mark (der Stadtortstand hatte sogar einen höhe-

ren Preis angeboten) abzugeben. Damit erklärt sich der Gemeinderat einverstanden, so daß die Durchführung einer Zwangsentziehung hinfällig geworden ist. — Nach einem Vertrag mit der Firma Kay Nachfolger hat die Stadtgemeinde sich verpflichtet, die Ausfahrt des Herrensiedlerwegs in die Bahnhofsstraße zu verlegen, damit das Terrain der Firma nicht mehr vom Weg durchschnitten wird. Die Stadt benötigt dazu 2 Ar von dem Gudelbergerschen Grundstück. Karl Bittler, der das Gudelbergersche Grundstück erworben hat, ist bereit, 2 Ar zum üblichen Preis von 3 Mark pro qm. für Straßenplatz an die Stadtgemeinde abzutreten. Der Gemeinderat gibt hierzu seine Zustimmung. Die Kosten für die Verlegung der Ausfahrt betragen 750 Mark für Grunderwerb und 800 Mark für den 4 Meter breiten Weg, zusammen 1550 Mark. — Der Kaufpreis für die dem Kaufmann Franz Stein gehörende Wegfläche beim Blumenneubau hätte bei einem Preis von 4 Mark pro qm. 190 Mark betragen. Dem Kaufmann um Erhöhung der Summe auf 1000 Mark wird vom Gemeinderat entsprochen, so daß diese Angelegenheit zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt ist. — Nachdem der Grunderwerb für die Durchführung des Gehweges zwischen der Deutschen Bank und Kurgarten in der Lauterbadstraße genehmigt worden ist, wird das Stadtbauamt beauftragt, die erforderlichen Arbeiten für die Gehwegherstellung ausführen zu lassen und zwar bis zur Villa von Frau Dr. Wunsch. — Die Zahl der Gesuche um Gewährung der Prämie für Entfernung der Dungele beträgt gegen 50. — Tarifmäßige Erhöhung der Stundenlöhne der Stadtarbeiter. Der Lohn für die bei der Stadt beschäftigten Arbeiter erfährt nach einer Vereinbarung des Arbeitgeberverbands der Gemeinden mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband ab 1. April eine Erhöhung um 4 Pfg. auf 74 Pfg. und ab 3. Oktober um 1 Pfg. auf 75 Pfg. Darnach beträgt der Lohn eines Vollarbeiters in Lohnklasse 3 (87 Prozent von 74 Pfg.) nunmehr 64 Pfg., der Lohn eines zu 75 Prozent arbeitsfähigen Stadtdiagnosiers (75 Prozent aus 64 Pfg.) 48 Pfg. (früher 44 Pfg.) und der Lohn eines zu 66,6 Prozent entlohnten Arbeiters 43 Pfg. (früher 41 Pfg.). In Lohnklasse 1a (Vorarbeiter) beträgt der neue Stundenlohn 117 Prozent aus 74 Pfg., gleich 87 Pfg. (früher 82 Pfg.), in Lohnklasse 2 94 Prozent, gleich 70 Pfg. Hierzu kommen noch die tarifmäßigen Altersvorrückungszulagen, und zwar nach 3jähriger Dienstzeit pro Stunde 2 Pfg., nach 6 Jahren 4 Pfg. und nach 9 Jahren 6 Pfg. Die neuen Stundenlöhne für die Stadtdiagnosier betragen 43, 48, 50 und 52 Pfg. für die Vollarbeiter von 64 bis 93 Pfg. — Teuerung der Hauptstraßen und einzelner Gehwege. Der Vorliegende begründet unter Hinweis auf die Staubwirbel vom letzten Samstag die Notwendigkeit einer anderen Oberflächenbehandlung anderer Durchgangsstraßen. Versuche mit Heißteuerung hätten sich in benachbarten Oberämtern nicht bewährt. Am besten scheint sich für unser Klima das auf der Acker Straße erprobte Kalk-Asphaltierungsverfahren zu haben, wozu zu haben, dessen Ausführung nicht wie beim Heißteungsverfahren an absolut trockenem Wetter gebunden ist. Mit dem von der Firma Frilling u. Kirchhoff, Stuttgart, hergestellten Kalkasphalt werden auch heuer wieder 60.000 qm. Staatsstraßen bearbeitet. Da die Staatsstraße in der Lauterbadstraße und die Kurgartenstraße ebenfalls mit Kalkasphalt versehen werden, hat die Firma auch dem Stadtbauamt ein Angebot gemacht, und zwar nicht nur für Straßenentwässerung, sondern auch für Gehwege, wozüber Stadtbauamt Gläser berichtet. Bei 10.000 qm. Oberflächenbehandlung mit Kalkasphalt Bitumulg stellt sich der qm. auf 78 Pfg. Dazu kommen noch verschiedene durch die Stadt auszuführende Arbeiten, wie sorgfältige Säuberung der Straße von Staub, Lieferung des Saalgrases, so daß sich der qm. insgesamt auf 1,10 Mark stellt. Die Ausführung der Gehwege mit 3 Zentimeter Teppichbelag mit Asphalt decktem Teersplitt stellt sich auf 3,50 pro qm., wozu noch 30-40 Pfg. für die von der Stadtgemeinde vorzunehmenden Arbeiten kommen. Mit der Oberflächenbehandlung der Hauptstraßen ist der Gemeinderat völlig einverstanden. Bei den Gehwegen will man nur einmal eine Versuchsstrecke machen lassen. — Wahl eines Amtsverwaltungsmitglieds. Hr. Wirth, der Mitglied der Amtsverwaltung war, ist gestorben und ist auf die Restperiode bis 1928 eine Ersatzwahl vorzunehmen. Gewählt wird in geheimer Wahl Hr. Georg Haug mit 9 Stimmen. — Die Errichtung einer Gewerbeschule in Baiersbronn ist zu Beginn des neuen Schuljahres möglich, nachdem die Ministerialabteilung für die Fachschulen der Gemeinde Baiersbronn einen Gewerbelehrer zur Verfügung gestellt hat und auch die erforderlichen Räumlichkeiten vorhanden sind. Damit hat die Beteiligung der Gewerbeschule Freudenstadt ein Ende erreicht. — Straßenbau Besenfeld-Freudenstadt. Der Stadtvorstand hat durch eine an das Ministerium des Innern gerichtete Eingabe vom

Die Frau des Adjutanten

Roman von Fr. Lehne

Nachdruck verboten.

28 Fortsetzung
„Nein, nein, ich sag's dir dann schon. Aber dich wird es vielleicht langweilen, hier zu sein, während draußen der Frühling lacht.“

Vorsichtig macht er noch ein so griesgrämiges Gesicht, daß einem hinter dem gebelzten Eisen wohlter ist. Und für mich, das weißt du, gib's ja nichts Lieberes, als in deiner trauten Händlichkeit zu sein.“

Jolantha klangelte, und das eintretende Stubenmädchen war der Baroness beim Ablegen behilflich. Dann richtete sie den Teetisch her, den sie an die Chaiselongue rollte.

Als sie die Spiritusflamme anzünden wollte, sagte Leonie: „Lassen Sie mich das besorgen. — Gelt, du erlaubst es, Joli!“

Jolantha nickte und folgte mit den Augen der Freundin kleinen Bewegungen, die die Zassen aufstellte und die letzten Handariffe tat. Sie lehnte sich behaglich zurück und kreuzte die Hände hinter dem Kopfe, daß die weiten Ärmel des dunkelblauen Schlafrodes herabfielen und die mageren Arme bis über die Ellbogen entblößten.

Leonie sah das, und unwillkürlich blickte sie auf ihre vollen, runden Arme, die prall von der eleganten Seidenbluse umschlossen wurden. Sie lächelte, ein unbestimmtes Lächeln. Sollte sie wirklich nicht imstande sein, die andere zu verdrängen, die ihre ohnehin geringen Reize durch die Krankheit und den letzten Zustand beinahe ganz eingebüßt hatte?

Sinnend blickte Jolantha in die bläulich zudende Flamme, lauschte auf das leise Summen und Singen, das sich in dem kupfernen Kesselchen erhob.

„Gente läßt ich so recht, daß es jetzt wieder bergan geht,“ sagte sie.

Leonie drückte ihre Lippen auf die Hände Jolanthas. „Wie mich das freut! Was haben wir für Sorgen um dich gehabt, dein Mann und ich!“

„Ja, du warte, ich weiß wohl, wie du dich um mich bemüht hast.“

„Still davon! Nun wartest du noch geduldig ein kleines Weilschen und dann, wenn dein Kindchen erst da ist —“

„Ja, mein Kind,“ wiederholte die junge Frau mit einem unbefriedigend süßen Lächeln, und ein heller, rosiges Schein flog über ihr Gesicht. „Mein Kind — und sein Kind! Ach, Leonie, du kannst ja nicht begreifen, welche Seligkeit sich in diesen Worten birgt, und daß ich ihm das schenken darf, was er sich so heiß ersehnt! Ich kann die Zeit kaum erwarten.“ Sie faltete die schmalen Hände und lächelte vor sich hin.

Mit fest zusammengedrückten Rippen hörte Leonie darauf. Sie antwortete nichts, stand haftig auf und tat einige Schritte nach dem Fenster hin. Die junge ahnungslose Frau durfte nicht in ihr Gesicht sehen, das so deutlich ihre Empfindungen widerspiegelte.

Ach, sie war ja nicht zur Ruhe gekommen — keine Stunde, und manchmal fragte sie sich, wie sie es eigentlich vermochte, mit solcher Unbefangenheit in Altorfs Haus ein- und auszugehen. Das hatte er ihr nicht verbieten können, wenn auch sein finsterner Blick sie immer wieder fragte: Was hast du hier zu suchen?

Sie kettete sich so fest an Jolantha an, war von einer so aufopfernden Gefälligkeit und Selbstlosigkeit, daß er sich nur verdächtig gemacht hätte, wenn er Jolantha diese Freundschaft verbot.

Und ihr machte es Freude, ihn durch ihren Anblick, ihre Gegenwart zu quälen. Sie meinte, ihn zu hassen — und liebte ihn doch heißer, schmerzlicher als je, nun er ihr endgültig verloren war.

Zischend lockte das Wasser über. Schnell wandte sie sich und goß den Tee auf. Die feinen, fast durchsichtigen Schalen füllte sie dann mit dem aromatischen Getränk und bediente die Freundin mit liebevollster Aufmerksamkeit.

„Wie würde Großpapa sich gefreut haben, wenn er das noch erlebt hätte!“ sagte Jolantha wehmütig, an ihre vorigen Worte anknüpfend, und ohne daß sie es verhindern konnte, rollten schwere Tränen über ihre Wangen.

„Mein Gott, Joli, verzeihst du, was du deinem

Wanne versprochen hast? Du darfst dich deinen Schmerzen nicht so hingeben! Wenn das deine Tante wüßte! Sie ist doch ganz beruhigt über dein Befinden abgereist, und kaum bist du zwei Tage allein, dann weinst du wieder. Du hast vor allem die Pflicht, an dich und dein Kindchen zu denken.“

„Das weiß ich, Leonie, und demühe mich auch, meinen Schmerz zu unterdrücken. Aber manchmal überkommt es mich — Großpapa hat sich so sehr über mein Glück gefreut — und gern hätte ich ihm auch noch das letzte, größte gegönnt!“

„Er wüßte es?“

„Ja, Heinz hat es ihm gesagt.“ Sie errödete leicht. „Großpapa hat vor Rührung geweint — es war das letzte, große Freude seines Lebens. Wir hätten nicht gedacht, daß wir ihn so schnell hingeben müßten, daß aus dem einsachen Rastarch Lungenerkrankung würde! Kaum vierzehn Tage war er krank, und nun liegt er schon neun Wochen unter der Erde.“

„Und du hast dich an seinem Grabe erkältet, bist — entgegen dem Willen deines Mannes — fast täglich nach dem Friedhof gefahren, bis du dir in der scharfen Winterluft die böse Influenza geholt hast, die dich aufs Krankenlager warf und dich beinahe deiner süßen Hoffnung beraubte!“

Vorwurfsvoll sprach Leonie, und Jolantha senkte den blonden Kopf. „Ja, du hast recht! Ich war leichtsinnig und täglich danke ich Gott, daß es doch noch gut geworden ist. Deshalb bin ich auch eine so folgarme Patientin gewesen — ich, die ich nie in meinem Leben krank war! Und jetzt weiß ich, daß ich das Schlimmste hinter mir habe. Und im Sommer —“ wieder lächelte sie ihr Lächeln, das wie ein Schein über ihr Gesicht flog, und in selbigem Sinne: „Lach sie die Augen.“

Leonie bediente sich fest. Sie ließ es sich gut schmecken. Jolantha war ihr gegenüber von einer unbefriedigten Gastfreundschaft.

Eine Erleichterung war es der Baroness, als sie erfahren hatte, daß Celestine Teschendorf nach Wankenburg ziehen wollte, wo zwei ebenfalls unverheiratete Basen von ihr wohnten.

(Fortsetzung folgt.)



9. April d. J. den Bau einer Staatsstraße von Beisenfeld nach Freudenstadt über Zeisberg beantragt, da die bisherige Verbindung über die Beisenfelder Steige sich längst als unzulänglicher Zustand erweisen hat. Der Gemeinderat Wildbad hat den beantragten Neubau einer Staatsstraße als die einzig richtige Lösung befürwortet. Auch der Gemeinderat Freudenstadt schließt sich in vollem Umfange der Eingabe des Stadtverordneten an, da das Fehlen einer Verbindungsstraße des sogenannten „hinteren Waldes“ mit der Oberamtsstadt Freudenstadt seit langem als schwerer Mangel empfunden wird. — Organisation der neuen Arbeitsgerichte. Trotzdem bei der Errichtung eines Arbeitsgerichts für mehrere Amtsgerichtsbezirke auf die Einheitlichkeit von Wirtschaftsgenossen Bedacht genommen werden soll, hat das würt. Justizministerium in Aussicht genommen, den Sitz für das künftige Arbeitsgericht bei drei Oberämtern, Freudenstadt und Sulz in Hoch zu errichten. Kann schon von einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet nicht gesprochen werden (der Bezirk Freudenstadt mit seinem stark gewerblich-industriellen Einschlag, wie z. B. Holz- und Sägeindustrie, Luftkur, gegenüber dem Agrarbezirk Hoch), so muß es als eine Zurücksetzung empfunden werden, wenn die weitläufigere Stadt mit mehr als 10 000 Einwohnern gegenüber Hoch mit 2500 Einwohnern zurücktreten soll. Aus diesem Grunde hat der Stadtverordnete beim würt. Justizministerium gegen die Errichtung des Arbeitsgerichts in Hoch ernstlich Verwahrung eingelegt und ersucht, diesen Plan fallen zu lassen. Der Gemeinderat schließt sich dieser Eingabe einmütig und unter Protest gegen die auch bei der Verlegung des Staatsrentamts nach Kottweil zu beobachtende Zurücksetzung an. — Aufwertung d. d. Papiere. Die Stadtgemeinde hat während der Infestation bei der Oberamtsparafasse verschiedene Darlehen im Betrage von 42 170 000 Papiermark angeschlossen, deren Goldwert 78 511 Mark beträgt. Um die Oberamtsparafasse in den Stand zu setzen, die Sparfahneinlagen mit 15 Prozent aufzuwerten, was ihr nur möglich ist, wenn die Gemeinden ihrerseits der Sparfasse mit 20 Prozent aufwerten, da außerdem die Oberamtsparafasse die Absicht hat, in Höhe der aufgewerteten Sparguthaben an die über 60 Jahre alten Kleinrentner auszubezahlen, erklärt sich der Gemeinderat bereit, die Papiermarkdarlehen der Oberamtsparafasse mit 20 Prozent aufzuwerten in der früheren Erwartung, daß künftig die Amtsdarlehensumlage nicht mehr durch Beiträge zur Aufwertung von Sparfahneinlagen belastet wird. Der Aufwertungsbetrag beläuft sich auf 15 700 Mark und soll bei 5prozentiger Verzinsung in zehn Jahren zurückbezahlt werden.

Mittelal, 25. April. (Unglücksfall.) Auf der Landstraße sprangen Kinder einem Auto dicht folgend nach und wollten die Straße überqueren. In gleicher Zeit kam ein Motorrad von entgegengesetzter Seite. Die Kinder, welche wegen des Autos das Warnungssignal des Motorrads überhört hatten, ließen das Rad an und ein achtjähriger Knabe wurde zu Boden gerissen und schwer verletzt. Er mußte dem Bezirkskrankenhaus zugeführt werden.

Horb, 27. April. Am Sonntag, 1. Mai, findet in Horb a. N. im Lindenhof nachmittags eine Tagung der Schwarzwälder Ortsgruppen der Deutschen Nationalen Volkspartei statt, bei der der Landesvorsitzende der Partei, Rechtsrat Hitzel, und Finanzminister Dr. Dehlinger sprechen werden. Finanzminister Dr. Dehlinger wird dabei über die für den Schwarzwald lebenswichtige Entwicklung des Nord-Süd-Verkehrs und die dahin zielenden Maßnahmen der würt. Regierung Ausführungen machen.

Größenhaußen, 26. April. (Brandstiftung.) In der Nacht zum Dienstag brach in der Scheune des Gottlob Bach, Goldarbeiter und Gemeinderat, Feuer aus, das bald gelöscht war. Man vermutete Brandstiftung und Bach wurde verhaftet. Vor dem Polizeipräsidenten Stuttgart hat er ein umfassendes Geständnis abgelegt. Als Grund zur Tat bezeichnet er große finanzielle Notlage.

Trossingen, 27. April. (Autofinie.) Ab 1. Mai verkehrt die Kraftpost auf der Linie Tuttlingen—Trossingen.

Ulm, 28. April. (Eingemeindungsfeier.) Im reich besetzten Wiblingen fand eine Eingemeindungsfeier statt, bei der Oberbürgermeister Dr. Schwammberger eine Rede hielt, in der er zunächst aus dem freundlichen Empfang schloß, daß die Wiblinger sich jetzt gern als Bürger von Ulm fühlen. Der Oberbürgermeister ging dabei im Hinblick auf das für eine kräftige Großstadtentwicklung besonders geeignete Neu-Ulm auch auf die Frage der Landesgrenze ein und bedauerte, daß vor mehr als 100 Jahren durch dynastische und territoriale Interessen durch das alte Ulmer Gebiet eine neue Landesgrenze gezogen wurde und daß durch diese unsinnige Grenzziehung eine ausichtsreiche Entwicklung der Stadt gestört worden ist.

Stuttgart, 27. April. (Von der Schlacht- und Mastvieh-Ausstellung.) Die am Montag nach dreitägiger Dauer zu Ende gegangene Schlacht- und Mastviehausstellung im Stadt-Schlacht- und Viehhof hatte sich eines sehr regen Besuchs zu erfreuen. Am letzten Samstag, dem Eröffnungstage, war die Ausstellung von 3000 Personen, am Sonntag von 12 000 und am Montag noch von 5000 Personen besucht.

Platzänderung im Landtag. Die aus der Kommunistischen Partei ausgeschiedenen Abgeordneten Karl Müller und Haller haben ihre Plätze auf der äußersten Linken unter der Kommunistischen Partei verlassen und neue Plätze hinter den Sozialdemokraten zugewiesen erhalten und zwar auf die bisherigen Plätze der Abg. Hornung und Rinfel, die neue Plätze hinter den Demokraten erhielten. Infolgedessen wurde auch der demokratische Abg. Henne noch weiter nach rechts zu den Wöllischen verlegt.

Zubläumsausstellung. Aus Anlaß der Werkbundausstellung „Die Wohnung“ wird die Würt. Kunstgewerbeschule Stuttgart in der Zeit von Juli bis September in ihren Räumen auf dem Weißenhof eine Zubläumsausstellung veranstalten.

Unterstützung würt. Siedler. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Ströbel teilte die Regierung mit, sie werde demnächst prüfen, ob und in welchem Maß es möglich ist, die Mittel bereitzustellen, die erforderlich sind, um die württembergischen Siedlungsbewerber mit Darlehen zu den gleichen Bedingungen auszustatten, wie sie Preußen seinen Siedlern gewährt.

Wiblingen, 27. April. (Erstikt.) Abends brach bei Hanser Hecke nahe der kleinen Kirche auf bis jetzt unauffällige Weise neben der zur Wohnung führenden Treppe Feuer aus. Der schnell auf dem Brandplatz erschienenen Feuerwehr gelang es in Bälde, das Feuer zu löschen, so daß das Haus gerettet werden konnte. Während die Witwe durch das Fenster ins Freie gebracht wurde, ist ihr über 80 Jahre alter Vater Christoph Hühnermann infolge des starken Rauches erstikt.

Seilbrunn, 26. April. (Neuverhandlung des Konkurs-Prozesses.) Der im Konkursbetrugsprozeß Bantle-Schröd anberaumte Termin brachte eine überraschende Wendung. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Schütz, teilte mit, daß einer der beiden Schöffen erkrankt sei und der ganze Prozeß daher bei anderer Beiziehung des Gerichts neu verhandelt werden müsse. Als neuer Termin ist der 24. Mai in Aussicht genommen. Gleichzeitig gab der Vorsitzende Kenntnis von weiteren Vergehen der Angeklagten, denen das Gericht inzwischen auf die Spur gekommen ist — Einbehaltung von Versicherungs- und Krankenkassenbeiträgen — und ersuchte die Staatsanwaltschaft, entsprechende Zusatzanklage zu erheben.

Wergentheim, 27. April. (Besetzung im Befinden des Reichstagspräsidenten.) Reichstagspräsident Lobe, der sich seit einer Woche hier zur Kur befindet, erholt sich zusehends von den Folgen seiner schweren Operation. Die Wunde ist vollkommen abgeheilt. Die Kur, welche der Behandlung der Gallenblasenerkrankung dient, nimmt ihren normalen Verlauf.

Serrenberg, 26. April. (Beitrag zur Nord-Südstraße.) Der Bezirksrat genehmigte den Betrag zum Ausbau der Nord-Südstraße mit 150 000 Mk.

Evangelischer Landeskirchentag. ev. Staatsrat, 26. April. Am Dienstag beschloß sich der Landeskirchentag mit einer Eingabe des Kirchenbezirks Eßlingen worin die Schwächung des Gemeindelebens durch den Wahlkampf der beiden kirchlichen Gruppen beklagt und entsprechend dem evangelischen Wahlverfahren angesetzt wird. Esanwahlen für überflüssig zu erklären, falls bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nur ein einziger Wahlvorschlager für den betr. Bezirk gemacht worden ist. Kirchenpräsident D. Dr. von Merz nimmt eine Verfassungsänderung, durch die das Wahlrecht eingeschränkt wird, nicht leicht; jedoch ist die Kirchenleitung bereit in Erwägung über Änderungen einzutreten, bis zu deren Abschluß auf Vornahme neuer Erkanwahlen nicht gebrannt werden soll. Einstimmig wird ein dahingehender Antrag angenommen.

Ferner führt die Eßlinger Eingabe zu programmatischen Erklärungen der Gruppenleiter.

Abg. Reiff als Führer der Gruppe 1 erklärt die Gruppenbildung für sachlich begründet. Die Wähler wollen die Stellung der Wahlbewerber zu den kirchlichen Zeitfragen kennen lernen. Gruppe 1, die er vertritt, wolle die Volkskirche als Bekenntnis- und keine die Parteiberechtigten der verschiedenen kirchlichen Auffassungen des Evangeliums nicht in demselben Sinne, wie die der verschiedenartigen christlichen Persönlichkeiten anerkennen, um nicht die Kraft der Kirche, die auch eine ausschließende sei, zu schwächen. Jedoch rufen Hoffmannsweiler für ein besseres Verständnis zwischen Theologie und Gemeinde zu gemeinsamer Arbeit in Wahrheit und Liebe auf.

Abg. Schöel, als Führer der Gruppe 2 anerkennt ebenfalls die Notwendigkeit der Gruppenbildung und erklärt, es handle sich dabei weder um Unterschiede des Glaubens, noch auch des Bekenntnisses, sondern um solche der Lehrform. Gruppe 2 anerkenne die Gleichberechtigung der verschiedenen Ausprägungen des evang. Christentums zwar nicht im Sinne der Gleichwertigkeit, aber ihres Parteirechtes in der evang. Kirche, wolle aber ebenfalls die Volkskirche als Bekenntnis- und nicht als Sprechsaal aller Meinungen. Beide Gruppen wollen alle Parteipolitik von der Kirche fernhalten und alle aufbauenden Kräfte zur Mitarbeit heranziehen.

Nach einer kürzeren Aussprache gibt Vizepräsident Weiff eine Erklärung über den religiösen Sozialismus ab, in der er das Heimatrecht dieser Bewegung in der Kirche anerkennt, zugleich aber die Notwendigkeit der Neutralität seitens der Kirche allen politischen Bewegungen gegenüber betont.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Deportierung zweier Fremde. Legionäre. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Fez sind die beiden deutschen Fremdenlegionäre Dehne und Koberslein, die wegen Fahnenflucht und Aufreizung zum Ungehorsam vom Kriegsgericht zu je 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden waren, nach Algier gebracht worden, um mit dem nächsten Transport in die Strafkolonie abzugeben. Der Verteidiger hat ein Begnadigungsgesuch eingereicht.

Das neue ägyptische Kabinett. Das neue Ministerium setzt sich vorläufig wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Inneres: Sarwat Pascha; Auswärtige Angelegenheiten: Morcos Hanna Pascha; Finanzen: Ali Schamsi Pascha; Krieg: Kiffi Ben.

Orkan an der Ostseeküste. Infolge des anhaltenden Sturmens sanken auf dem Stettiner Haff zwei mit Kies beladene Röhne. Der Fischer Max Schmidt mit Frau und Kind ist ertrunken. Bei Lubmin zerbrach ein Fischer Kahn. Aus Königsberg werden Sturmschäden berichtet.

40 000 Cholerafälle in Indien. Nach einer Meldung aus Kalkutta wird die Provinz Bengalen, die eine Einwohnerzahl von 47 Millionen besitzt, seit drei Monaten von einer Cholera-Epidemie heimgehegt. 15 000 Menschen sind bis jetzt der Krankheit erlegen. Es ist anzunehmen, daß es in der Provinz wenigstens 40 000 Cholerafälle gegeben hat. Obwohl zwar regelmäßig im Sommer die Cholera eine epidemische Verbreitung annimmt, werden sonst nicht mehr als Todesfälle wöchentlich gemeldet.

Gerichtssaal

Ein Notar zu Zuchthaus verurteilt. Das erweiterte Schöffengericht in Köln verurteilte den Notar Roth wegen fahrlässiger, teilweise schwerer Amtsunterschlagungen, Untreue und Urkundenfälschung zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 1000 Mk. Geldstrafe.

Letzte Nachrichten.

Schießübungen bei Trier eingestellt. Berlin, 28. April. Die „Tägliche Rundschau“ meldet aus Koblenz zu den in Fellingen bei Trier veranstalteten Schießübungen, bei denen 2 Granaten in unmittelbarer Nähe auf dem Felde arbeitender Frauen krepitierten, daß der Schritt der Regierung in Trier bei den Befehlungsbehörden die Wirkung gehabt hat, daß die Schießübungen eingestellt wurden. Es händen in dieser Angelegenheit weitere Schritte der deutschen zuständigen Stellen denot, um eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu verhindern.

10 Gebäude eingestürzt. Berlin, 28. April. Nach einer Blättermeldung aus Kassel brannten in dem Dorfe Füssen im Kreise Warburg 10 Gebäude nieder, da infolge des herrschenden Sturmwindes alle Löscharbeiten vergeblich waren.

Das Hochwasser in Amerika. Memphis, 27. April. Die Mississippiüberschwemmung nimmt weiter an Ausdehnung zu. Handelssekretär Hoover, der von Coolidge mit der Prüfung der Lage betraut worden war, erklärte nach seiner Rückkehr aus New-Orleans, die Ueberschwemmung habe ihren Höhepunkt erreicht. Er schätzt die Zahl der Toten auf 200, die Zahl der Obdachlosen auf 150 000. Er erklärte, die brennendste Frage sei, den Flüchtigen Hilfe zu bringen und die landwirtschaftliche Produktion in den Hochwassergebieten wieder zu heben.

Memphis, 28. April. Im südöstlichen Arkansas und im Mississippidelta sind nahezu 40 Städte innerhalb eines Umkreises von weniger als 100 Meilen überschwemmt. Die Lage der Flüchtlinge wird als sehr ernst geschilbert.

Attentat auf die Kuffhäuserbahn. Berlin, 27. April. Auf der Eisenbahnstrecke der Kuffhäuserbahn, die von Ubern nach Berga-Relbra führt, wurde nach dem „Berliner Tageblatt“ ein Attentat verübt. Zwischen den Stationen Borzleben und Cadstebd bemerkte der Lokomotivführer einen etwa 4 Zentner schweren Grenzstein der thüringisch-preussischen Grenze, der auf die Schienen gewälzt und mit Erde bedeckt worden war. Der Aufmerksamkeit des Lokomotivführers gelang es, den Zug einen Meter vor dem Hindernis zum Stehen zu bringen. Es wird angenommen, daß die ruchlose Tat von Arbeitslosen, die in dortiger Gegend häufig sich umher getrieben und Unheil angerichtet haben, herrührt.

Das Hochwasser in Pommern. Berlin, 28. April. Auch in Hinterpommern sind eine Anzahl von Flüssen über die Ufer getreten und haben weite Wiesen und Ackerstrecken überspült. Der Nordwestwind hat das Wasser in der Ostsee bis an die Dänenkette längs der ganzen Küste getrieben. Er verhindert auch ein Abfließen der Wassermassen der Flüsse in die Ostsee. Im Ostgebiet ist die Lage noch un verändert ernst. Bei dem Sturm mußten viele Schiffe Schutthäfen anlaufen. In Sahnitz mußten 2 Torpedoboote Schutz suchen.

Handel und Verkehr.

Börsen. Berliner Börse vom 27. April. Aufbelebend haben die Ankünfte in der gestrigen Generalversammlung der Deutschen Bank in der Provinz einen glänzenden Eindruck gemacht, jedoch allgemein zu dem ersten Kurien ein Tendenzumschwung festzustellen war. Der Rückgang der Erwerbslosen und die Verbesserung des Arbeitsmarktes besonders in der Textil- und Metallindustrie werden günstig kommentiert, die Wiederbelebung in Konsum als beruhigendes Moment angesehen. Der Geldmarkt ist unverändert leicht. Tagesgeld 4-6 Prozent. Der heutige Reichsbankausweis zeigt eine weitere Entlastung. Die Kursumme gegen gestern betragen 1-8 Prozent. Im Verlaufe des Tages hat die Börse von dem schwachen Farbenmarkt frei. Die Kurssteigerungen machen weitere Fortschritte. Der Privatmarkt wurde für beide Sichten um je 1/4 Prozent erhöht. Er beträgt 4 1/2 Prozent für beide Sichten.

Stettiner Börse vom 26. April. An der Börse herrschte heute eine Verstimmung und es gab teilweise grobe Kurdrückgänge.

Florsheimer Edelmetalle vom 26. April. 1 Rilo Gold 2705 A Gold, 2814 A Brief; 1 Rilo Silber 76,50 A Gold, 78,40-79,00 A Brief; 1 Gramm Platin 11,80 A Gold, 12,30 A Brief.

Wäette. Viehwäette. Stuttgart: Rülse 300-350, Kalbfeln 400-500, Jungerhül 200-300 A. — Rottensurg: Rülse 350-500, Kalbfellen 450-700, Jungerhül 180-200 A. — Welsheim: Rarren 400-600, Eshen 450-600, Stiere 250-300, Rinder 240-280, Rülse 300-400, Kalbfeln 400-600 A das Stüd.

Schweinekäette. Kolen: Mültschweine 20-27 A. — Dültsingent Mültschweine 18-24 A. — Ußlingen: Mültschweine 20-24 A. — Rottensurg: Mültschweine 20-25 A. — Schwemmlingen: Mültschweine 20-24 A. — Tulllingen: Mültschweine 15-24 A. — Welsheim: Mültschweine 18-20, Kälber 20-25 A das Stüd.

Holz. Freudenstadt, 25. April. (Holzpreise.) Bei dem heute erfolgten Holzverkauf des Forstamts Steinwald wurde erzielt: für Rothbuchen-Scheiter 14,80, Prügel 11,84, Anbruch 11,84 A pro Raummeter, für Fichten und Tannen-Koller 1, 16,43, 2, 12,88 für Kadelbrennholz-Scheiter 12,43, Prügel 10,06, Anbruch 10,06 A pro Km. Gesamtanbot Kuchholz 306.— A, Gesamt Erlös 376.— RM, gleich 102,7 Prozent, Brennholz 4273,50 RM, Gesamt Erlös 5059 RM, gleich 118,4 Prozent. — Bei einem Holzverkauf des Forstamts Steinwald, bei welchem eine schlechte Abfuhrlage (Bergtransport) in Betracht zu ziehen ist, wurde Erlös für Rothbuchen-Scheiter 12,25, Prügel 9,80, Anbruch 9,80 RM, pro Raummeter, für Fichten und Tannen-Koller 1, 11,74, 2, 9,91 RM, pro Raummeter, für Kadelbrennholz-Prügel 8,33, Anbruch 8,33 RM, pro Raummeter. Gesamtanbot bei Kuchholz 88,50, Erlös 65.— RM, gleich 73,4 Prozent, bei Brennholz 3375.—, Erlös 3309.— RM, gleich 98 Prozent.

Konkurse. Versicherungs-Gesellschaft zu Stuttgart, e. G. m. b. H. Franz Hoflein u. Cie., Kommanditgesellschaft in Dapingen Ernst Walz, Kaufmann in Tübingen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Necker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Beuren.

Brennholzverkauf.

Die Gemeinde bringt am Samstag, den 30. April vormittags 10 Uhr auf dem Rathaus

66 Nm. Brennholz

im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf

Gemeinderat.

Progred!

Der beste konkurrenzlose

Staubsauger

auf dem Weltmarkt. Geräuschloser Lauf, größte Saugwirkung, vom hygienischen Standpunkt aus in jedem Haushalt, Gasthaus und Hotel unentbehrlich.

Vorführung auf Wunsch jederzeit ohne Verbindlichkeit.

Man wende sich an den Vertreter:

Wilhelm Kaltenbach

Marktplatz, Telefon 7

Motorräder

D.K.W., Ardie, Standart und U.T.

sowie Ersatzteile

Carl Adermann, Altensteig

Alle Sorten

- Geschäftsbücher
- Notizbücher
- Briefordner
- Locher
- Einbandmappen
- Schnellhefter

empfehlen die

W. Rieker'sche Buchhandlung

Altensteig

Käse billiger!

direkt ab Fabrik.

Holländer Art (gelbe Rinde)	9 Pfd. Mk. 3.80
Holl. Tafelkäse (rote Rinde)	" " " 4.—
H. Kästler Art (gelbe Rinde)	" " " 4.80
la. Edamer Art (rot gewachst)	" " " 4.80

Alle Sorten werden in meiner Fabrik aus bestem Rohmaterial hergestellt. Porto und Verpackung Mk. 1.—

Otto Dame, Käsefabrik, Hamburg 39, A 74.



Möbliertes

Zimmer

mit 1 oder 2 Betten zu vermieten.

Kunstst. erteilt Friseur Weinsteln.

Altensteig.

Werkzeuge

für die

Bausaison

- Sperrkellen
- Traufeln
- Spachteln
- Spereisele
- Hammerbeile
- Sperrhammer

- Maurerkellen
- Maurerhammer
- Steinshlegel
- Fäustel
- Bosserhammer
- Zweispitzen
- Ziegelhammer
- Steinbürsten
- Steinhauerwinkel
- Wasserwaagen
- Senkel

- Kreuzpickel
- Schaukeln
- mit und ohne Stiel
- Stiele
- Gießkannen
- oval verzinkt
- Schottergabeln

empfehlen zu billigsten Preisen bei bester Ware

Henssler

Eisenwarenhandlung.

Hühneraugen

besetzt radikal „Isoret“ Löwen-Drogerie Horrlon, Altensteig.

Altensteig

Vogelzüchtern

empfehle:

Kanariensingfütter (ohne Hant)

Waldvogelfütter (mit Hant)

Haferkerne, Hanfsamen

Mohnsamen, Leinsamen

Bei größerer Abnahme entsprechend billiger.

J. Wurster Nachf.

Gesucht wird ein

Mädchen

für Küche, womöglich im Kochen bewandert und schon in Stellung gewesen, nicht unter 22 Jahren, auf 1. Mai.

Angebote an

Frau Dählmann,

Gasth. z. St. Georgen

Borghelm, Kreuzstr. 17.



Ferkel

Oldenburger u. Hannover. Rasse, breitbackig, Schlappohren langgestreckte, schnellwüchsige Edelrasse, die best. zur Zucht und Schnellmast, la. Fresser, wetterfest, kerngesund, seuchenfrei. Vor dem Versand tierärztliche Untersuchung. Offertiere freibl.

6-8 Woch. alt	15-20 M.
8-10 "	20-25 M.
10-12 "	25-30 M.
12-15 "	30-40 M.
15-17 "	40-45 M.
17-20 "	45-55 M.

Für prima Qualität und kerngesunde Tiere übernehme ich volle Garantie, noch 8 Tage nach Empfang. Bahnstation genau angeben.

Aug. Barghorn, Düsseldorf.

Scheidlingsmühle Fernsprecher 6812.

Altensteig.

Gepreßtes Lob

gibt ab

Karl Beck.

Gestorbene:

Ebhausen-Rohrdorf: Christ. Bachmann, 35 Jahre.

Sonderzug an den Rhein

Wegen ungenügender Beteiligung der Sonderzug nach Köln am Rhein am Samstag, den 30. April und wird im gleichen Kurs und mit gleichem Programm am Samstag, den 14. Mai ausgeführt.

Rückfahrt Sonntag, den 15. Mai nachm. Die bereits gelösten Fahrkarten behalten ihre Gültigkeit. Neuer Schluß des Fahrkartenvverkaufs Mittwoch, den 11. Mai, abends 5 Uhr.

Reichsbahnbetriebsamt Calw.

Scherbach-Kreuzhaus u.

Hochzeits-Einladung

Hiermit erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 1. Mai 1927 im Gasthaus von Louis Koch in Schernbach stattfindenden

Nachhochzeit

freundschaft einzuladen

Friedrich Keppler

Sohn des Friedrich Keppler, Schernbach

Johanna Baumann

Tochter des Christian Baumann, Kreuzhausen

Heberberg.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir beim Tod meines lieben Mannes, unseres lieben Vaters und Bruders

Friedrich Fajnacht

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, die ehrenden Nachrufe des Krieger- und Gesangsvereins, sowie den erhabenden Gesang des Lehrtens sagen herzlichsten Dank

Familie Fajnacht.

Druckarbeiten

aller Art, in moderner und geschmackvoller Ausführung, fertigt rasch und billig

W. Rieker'sche Buchdruckerei

